Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Bollmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28. — Geldsendungen an W. Zielke, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Nummer 17/18. | Ulm a. Donau, den 5. Mai 1916. | 27. Jahrgang

Inhalt: Unerträgliche Preissteigerungen! — Die Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche. — Partei und Gewerkschaften. — Kriegserinnerungen von Georg Heydemarck. — Krieg, Bevölkerungspolitik und Arbeiterschaft. — Rundschau: Bäder- und Anstaltsfürsorge für heeresentlassene Kriegsteilnehmer. — „Ausländischer Käse" aus Bayern. — Aus den Ortsvereinen: Warmbrunn. — Aus der Rechtsprechung: Verträge nicht genehmigter Krankenkassenvereinigungen mit Aerzten sind nichtig. — Literarisches. — Patentschau. — Anzeigen.

Unerträgliche Preissteigerungen!

Die wundervolle Organisation in unserem Heereswesen, die nicht bloß bei der Mobilmachung, sondern die ganze Kriegszeit zu Tage getreten ist, hat das Auge jedes Vaterlandsfreundes höher leuchten lassen, wie freudig schlugen die Herzen unseren Feldgrauen entgegen. Selbst in den Parlamenten, wo man sonst die kritische Sonde oft einsetzte, brachte man der Regierung mit wenigen Ausnahmen vollstes Vertrauen entgegen. Die Arbeiterschaft, die früher sehr oft stiefmütterlich behandelt worden war, ließ alles vergessen und stellte Gut und Blut dem Vaterlande zur Verfügung. Dann kam der englische Aushungerungsplan, der, so teuflisch er war, doch mit schlauer Berechnung angelegt war. Jeder einsichtige Staatsbürger war sich der Größe der Gefahr dieses Planes bewußt. Die deutsche Arbeiterschaft erklärte in ihrer Gesamtheit: Dieser Plan darf niemals gelingen, wir sind bereit, nicht bloß unser Blut zu opfern, sondern auch die schwersten Entbehrungen auf uns zu nehmen. Diese einmütige Haltung blieb auch im feindlichen Ausland nicht ohne Wirkung. Unsere Arbeiterschaft hielt es natürlich für selbstverständlich, daß alle Kreise des Volkes bereit waren, diese Entbehrungen gemeinsam zu tragen, und daß alles angewandt wird, um diese Lasten zu erleichtern. Wie gewaltig hat man sich hierin getäuscht. Als die Knappheit einzelner Produkte von Lebensmitteln mehr in die Erscheinung trat, glaubten gewisse Leute, die sich so gerne als Patrioten, als Stützen von Thron und Altar bezeichnen, ihre Zeit sei gekommen. Wie Vampyre stürzten sie sich auf die Bevölkerung, um durch Wucherpreise sich in kurzer Zeit auf Kosten der ärmeren Bevölkerung zu bereichern. Die Regierung hat zwar auf vielfaches Drängen eingegriffen, man hat Verordnungen über Verordnungen herausgegeben. Heute muß jeder gestehen, daß alle diese Maßnahmen vollständig versagt haben, der einzige Erfolg ist in der Brotkarte zu erblicken. Der Deutsche Städtetag, der doch in der Hauptsache von Leuten beschickt war, die die Leiden der ärmeren Bevölkerung aus den Groß- und Kleinstädten in der Praxis genügend kennen gelernt haben, hat eine derart vernichtende Kritik an den Verordnungen geübt, die auch unsern Regierungskreisen zu Denken Anlaß geben müßten. Von der Petroleumknappheit bald nach Ausbruch des Krieges bis zu den neuesten Vorgängen hat man scharf alles unter die Lupe genommen. In einer Eingabe, die der Deutsche Städtetag an den Reichskanzler gerichtet hat, sind Maßnahmen für das dritte Kriegsjahr gefordert worden. In der Begründung dieser Forderungen hat man ohne weiteres ausgesprochen, daß die Regierung es an jeder Voraussicht hat fehlen lassen, daß sie ihre Maßregeln unter dem Eindruck des Augenblicks und für den Augenblick getroffen habe, und daß ihr namentlich für die wichtigste Aufgabe, die gerechte Verteilung reichlich vorhandener Vorräte, jedes Verständnis gefehlt habe. Scharf wird darauf hingewiesen, wie es möglich sei, daß ein Land der stärksten Zuckererzeugung eine Zuckerknappheit heraufbeschwören konnte. Nicht Recht muß es als ein Wunder bezeichnet werden, daß ein Volk trotz aller behördlichen Fürsorge, trotz aller Bundesratsverordnungen schon zwei Kriegswinter durchgehalten hat und man dieses in der Hauptsache nur der grenzenlosen Vaterlandsliebe und der bewundernswerten Geduld des Volkes zuzuschreiben hat. Alle Dinge finden jedoch mal ein Ende und man soll die Geduld des Volkes nicht auf eine zu harte Probe stellen, der allzu straff gespannte Bogen muß zerspringen. Selbst in den der Arbeiterschaft fernstehenden Kreisen kommt die große Unzufriedenheit zum Ausdruck. So findet das politisch rechtsstehende Blatt, die „Tägliche Rundschau" recht scharfe Töne gegen den Lebensmittelwucher, indem es schreibt:

„Seit langem schon fragte man sich u. suchte vergebens eine Antwort auf die Frage, warum nicht der Bundesrat dafür sorgte, daß der schamlosen Lebensmittelwucherei, die gierig am Mark unseres nationalen Lebens sog und saugt, mit rücksichtsloser Strenge entgegengetreten wurde. Warum er nicht endlich im Interesse unserer Kriegsführung und seines eigenen erschütterten Ansehens dafür sorgte, daß die pfiffigen und frechen Organisatoren des Lebensmittelwuchers aufhörten, mit den viel zu vielen und viel zu schwächlichen Verordnungen der Regierung den reinsten Spott zu treiben und so zum Gelächter zu machen. Die Sache war ja und ist ja längst in ein ganz festes Schema gebracht. Sowie der Bundesrat, immer noch abergläubisch ergeben dem Dogma vom Segen der Höchstpreise an sich, für irgendeine Ware Höchstpreise einsetzte, verdunstete diese Ware plötzlich auf die wunderbarste und vollkommenste Weise. Ein wahres Mirakel; wenigstens gibt es im Bereiche des Physikalischen kein Gesetz, das diese Erscheinung erklären könnte. Das Ganze war und ist eigentlich ein plumpes Manöver der Interessenten am Nahrungsmittelwucher, um die Aufhebung der ihnen unbequemen Höchstpreise zu erpressen. Erstaunlich ist außer allenfalls der Schamlosigkeit dieser Wuchereiorganisationen nichts als die Tatsache, daß die Regierung sich diese plumpen Finten mit sehenden Augen gefallen läßt und in so und so vielen Fällen sich tatsächlich damit übertölpeln ließ.

Am erstaunlichsten wohl zeigte sich das bei der jüngsten Höchstpreisfestsetzung auf dem Groß-Berliner Fleischmarkte. Obgleich für die Zufuhr durch die neue Organisation der Regierung angeblich gesorgt war, gab es im Augenblick des Inkrafttretens der Höchstpreise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch in ganz Groß-Berlin so wenig etwas von diesen schönen Dingen mehr, wie es da vom Augenblick der Wirksamkeit der Schweinefleischhöchstpreise auch nur ein einziges Pfund Schweinefleisch in einem Berliner Schlächterladen gab. Die Phantasiepreise, die bei diesem aberwitzigen Zustande seit der vorigen Woche in Berlin für Fleisch gefordert und bezahlt wurden (Huhn kostete 15 Mark, Kalbfleisch das Pfund bis 6 Mk, Kasseler Rippespeer bis 4.40 Mk., Schnitzel 7.50 M., eine 12-Pfd.-Gans über 50 Mk., Rinderschabefleisch 4 Mk., westfälische Schlackwurst 6 Mk.), können sich getrost mit denen messen, die wir bei Schilderung der Verhältnisse im belagerten Paris wie Märchendinge vernehmen. Selbst im lammfrommsten Regierungsblatt wurde angesichts dieser Zustände gefragt, ob denn die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 noch in Kraft stehe, wonach mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird, wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel Preise fordert, die einen „übermäßigen Gewinn" enthalten. Nun, sie steht noch in Kraft und die Frage ist also: Warum spürt man nichts von ihrer Anwendung? Antwort: weil sie zu matt ist. Zuchthausstrafen sind allein hier angezeigt, aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Selbst in demselben lammfrommen, der Regierung nahestehenden Blatte konnte man lesen — was wir seit Jahr und Tag immer wieder einmal feststellen mußten —, „daß unsere berufsmäßigen Lebensmittelverteurer besser organisiert sind als die Regierungsstellen, die zur Unterdrückung der Warenzurückhaltung und des Preiswuchers berufen sind." Wenn dergleichen schon in der freiwillig-offiziösen Presse zu lesen ist, dann wird es wohl wahr sein. Der beschränkte Untertanenverstand wird nie begreifen, warum die Regierung die Milch der frommen offiziösen Denkungsart sich in so gärend Drachengift hat verwandeln lassen. . . ."

Zum Schluß fordert das Blatt das Publikum auf, sich nicht bewuchern zu lassen, sondern rücksichtslos Anzeige zu erstatten, um die Wucherer nun scharf in Strafe nehmen zu können.

Das ist eine sehr scharfe, aber gerechte Kritik. Man muß tatsächlich hierbei die Frage aufwerfen: Wie lange wird sich die Regierung eine derartige Bewucherung des Volkes gefallen lassen?

Was nützen alle angedrohten Strafen, wenn sie nicht zur Ausführung gebracht werden.

Das deutsche Volk in seiner wahrhaft bewundernswerten Größe und Stärke, das freudig Gut und Blut für sein Vaterland opfert, darf durch solch gemeine Wucherei, für die kein Ausdruck scharf genug ist, nicht unzufrieden gemacht werden. Wir sehen, daß sich noch mehr Kreise breit machen, über Deutschland herzufallen, wir bedürfen unserer ganzen Ruhe und Besonnenheit, um uns unserer Feinde zu erwehren, daher darf diese Kraft nicht durch elenden Wucher geschwächt werden. Noch ist es Zeit schweres zu verhüten, die Führer der Arbeiterschaft, die die Stimmung des Volkes zur Genüge kennen, haben wiederholt ihre warnende Stimme an leitender Stelle ertönen lassen, in Versammlungen versucht man die Erregung niederzuhalten, ob es für die Dauer gelingt, ist mehr als fraglich. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, sie muß aber die Gewißheit haben, daß eine gerechte Verteilung vor sich geht.

! Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerkverein !

Die Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche

bezweckt folgende an sämtliche Regierungen der einzelnen Bundesstaaten gerichtete Eingabe:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Gewerkvereine, die Polnische Berufsvereinigung sowie das Büro für Sozialpolitik halten grundsätzlich an ihrer gemeinsamen Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises fest. Sie erachten diese nicht für ersetzbar durch ein Vorgehen der Landeszentralbehörden im Verwaltungswege.

Nachdem sich indessen die Reichsregierung und ihr folgend die Landesregierungen bis in die letzten Wochen hinein gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises während des Krieges ausgesprochen haben, legen die genannten Körperschaften Wert darauf, daß im Verwaltungswege keine die später durchzusetzende reichsgesetzliche Regelung erschwerende tiefgreifende einzelstaatliche Ungleichheit auf diesem Gebiete geschaffen wird. Auch wollen sie der Gefahr begegnen, daß die ganze verwaltungsmäßige Regelung an der Oberfläche bleibt, für die bevorstehenden schweren Aufgaben der Arbeitsvermittlung aber keinen wesentlichen Nutzen bringt. Daher erheben sie gemeinsam die folgenden Mindestforderungen an eine vorläufige Regelung des Arbeitsnachweiswesens durch Zusammenwirken der Behörden mit den sozialen Selbstverwaltungskörpern und werden diese unbeschadet ihrer weitergehenden Wünsche öffentlich in den Vordergrund stellen.

I.

Die Landeszentralbehörden der einzelnen Bundesstaaten sollen unverzüglich dahin wirken, daß ein gemeindlicher Arbeitsnachweis für alle gewerbereichen Orte, zumindest in den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, errichtet wird. Die Landeszentralbehörden können nach Anhörung von Vertretern der Gemeinde, der Arbeitgeber und der Arbeiter von Fall zu Fall einen gemeindlich unterstützten Arbeitsnachweis als ausreichend erklären, falls dieser paritätisch verwaltet wird.

II.

Dem gemeindlichen oder ihm nach I gleichgestellten Arbeitsnachweis wird auf Grund des § 15 StVG. die Errichtung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und die Bildung besonderer Männer- und Frauenabteilungen nach Maßgabe des voraussichtlichen Geschäftsumfanges aufgegeben.

III.

Dem gemeindlichen oder ihm gleichgestellten Arbeitsnachweis ist (im Aufsichtswege oder unter Zuhilfenahme der §§ 2 II 2 und 15 StVG.) die Errichtung eines paritätischen Verwaltungsausschusses aufzuerlegen.

IV.

Dem paritätischen Verwaltungsausschuß liegt die Festsetzung der Vermittlungsgrundsätze, die Anstellung mit den Berufsverhältnissen vertrauter Arbeitsvermittler, die Entscheidung über Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Nachweises und die Ausgestaltung des Nachweises ob.

V.

Der gemeindliche Nachweis kann nach Verständigung mit den am Orte befindlichen anderen nichtgewerbsmäßigen Nachweisen die Aufgaben einer örtlichen Zentralauskunftsstelle übernehmen.

VI.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind anzuhalten, für größere Gebiete Zentralauskunftsstellen zu schaffen nach Maßgabe der vom Reichsamt des Innern herbeigeführten Besprechung vom 30. April 1915 und des Preußischen Ministerialerlasses vom 21. Mai 1915 (Ausgleichstellen von Ueberschuß und Mangel auf dem Arbeitsmarkt auf Grund regelmäßiger Zusammenarbeit aller nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise). Den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen ist durch Wahl eines Beirats und Vorstandes, in dem alle Arbeitsnachweisgruppen gleichmäßig vertreten sind, entscheidender Einfluß auf die Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu gewähren.

VII.

Für die Durchführung dieser Bestimmungen errichtet der Bundesrat oder zu diesem Zwecke von mehreren Staaten begründete Verband eine Landeszentrale für Arbeitsvermittlung. Diese hat für die nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise jede mögliche Erleichterung ihres Geschäftsverkehrs besonders eine Verbilligung des zwischenörtlichen Verkehrs, und für die Arbeitsuchenden eine Verbilligung notwendiger Reisen zu veranlassen.

VIII

Die Landeszentralen haben der „Reichszentrale der Arbeitsnachweise" regelmäßig Bericht zu erstatten, um diese in den Stand zu setzen, durch Hinweise und Vorschläge ein einheitliches und wirksames Arbeiten der Arbeitsnachweise im ganzen Reiche herbeizuführen.

Die fünf oben genannten Körperschaften halten eine Regelung der Arbeitsvermittlung in der bezeichneten Weise für um so notwendiger, als die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand das Arbeitsnachweiswesen vor ganz neue und besondere geartete Aufgaben stellen wird, die nur durch ein Zusammenarbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der militärischen Stellen untereinander und mit den Organen der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft gelöst werden können.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, M. d. R.

Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
M. Schiffer, M. d. R.

Verband der Deutschen Gewerkvereine (H. D.)
G. Hartmann.

Polnische Berufsvereinigung.
A. Gwidzet.

Büro für Sozialpolitik.
Professor Dr. E. Francke.

Die Gesellschaft für Soziale Reform tritt den Grundgedanken und Zielen der vorstehenden Forderungen der genannten Organisationen bei und spricht die dringende Erwartung aus, daß vor Beendigung des Krieges der Arbeitsnachweis so gerüstet dastehe, daß er allen Ansprüchen gerecht werden kann.

Gesellschaft für Soziale Reform.
Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch.

Partei und Gewerkschaften.

V.

Auf die in der letzten Nummer der „Eiche" gebrachten Ausführungen des „Vorwärts" antwortet nun wiederum das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" in Nr. 6 vom 5. Februar 1916 in kräftigen Tönen. Gleich Eingangs bemerkt das Blatt: Der „Vorwärts" will das Thema: „Wohin die Reise geht" anscheinend nicht wieder zur Ruhe kommen lassen. Kaum, daß er sich von seiner Rundherum-Reisetour, über die wir unsern Lesern im Juni v. J. berichten konnten, erholt hatte, war er bald wieder vom Reisefieber gepackt und hieb dabei so wütend auf die Gäule ein, daß er nahe daran war, die ganze Parteikarre umzuwerfen. Der Parteiwagen ist uns Gewerkschaften aber nicht ganz gleichgiltig, denn er birgt auch gewerkschaftliches Gut, das wir der Partei zur sicheren Beförderung anvertraut haben, und so legten wir rechtzeitig gegen solche Reisemethoden des „Vorwärts" Verwahrung ein, worauf der „Vorwärts" den Gewerkschaften überhaupt das Recht bestritt, darob ein Wörtchen mitzureden. Die Partei habe allein zu bestimmen. Gewiß, die Entscheidung über die Politik der Partei steht allein der Partei bezw. der Fraktion zu. Aber die Gewerkschaften werden sich nie das Recht nehmen lassen, nachzuprüfen, ob die Politik der Partei den Interessen der Gewerkschaften in den einzelnen Fragen entspricht. Der „Vorwärts" freilich verdreht diese Sachlage. Und wie ein erboster Kutscher schleudert er uns alle möglichen Insulten und schlechten Absichten an den Kopf, die den Zweck verfolgen, eine aufmerksame Menge um sich herum zu sammeln und sich als virtuosen Beherrscher der Volkssprache bewundern zu lassen.

Das „Correspondenzblatt" geht dann des weiteren näher auf den eigentlichen Kern der Sache ein, indem es schreibt: Wir haben dem „Vorwärts" darauf zunächst einmal bestritten, daß er befähigt und berufen sei, den Parteiwagen zu führen. Wir haben ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Partei der obersten Gewerkschaftsleitung seit dem Jahre 1906 ein Mitbestimmungsrecht über „Aktionen", die für die Gewerkschaften wie für die Partei gleich wichtig sind, eingeräumt habe, und daß unser Einspruch sonach zu Recht bestehe. Das sei nicht wahr, kreischt der „Vorwärts", damals habe es sich bloß um den Massenstreik gehandelt und in dem Mannheimer Abkommen stehe auch etwas von dem sozialistischen Geist, der zu pflegen sei. Wir erklärten, daß die Abmachung von „Aktionen" in der Mehrzahl rede und bereits in zahlreichen, namhaft gemachten Fällen ausgeführt worden sei, bloß nicht zur Unternehmung eines Massenstreiks. Vom sozialistischen Geist steht richtig auch etwas in der Mannheimer Resolution — er brauchte gar nicht besonders angerufen zu werden, denn wir meinen, jeder Parteitagsbeschluß müsse etwas vom sozialistischen Geist enthalten. Aber in der Hauptsache spricht der Mannheimer Beschluß von der großen Bedeutung der Gewerkschaften, die nicht hinter der Partei zurückstanden und mit denen man sich über gemeinsame Interessen berührende Aktionen verständigen müsse. Hierin berührt der Parteitagsbeschluß freilich einen Punkt, für dessen Erfassung dem „Vorwärts" das geeignete Organ zu fehlen scheint: Verständigung setzt „Verständnis" voraus und Verständnis beruht auf den Funktionen des Verstandes: „Unmöglich kann das der Parteitag gemeint haben", tobt der „Vorwärts". „Wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagsbeschlüsse und der Machtbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine „Filiale und Dependence der Generalkommission". Aber wir können mit Bestimmtheit versichern, daß wir uns wirklich unzählige Male mit dem Parteivorstand verständigt haben, und daß dort ein solches Organ vorhanden ist, das auch richtig funktioniert, nicht bloß ein hohler Puppenkopf, wie der „Vorwärts" argwöhnt. Freilich mit dem „Vorwärts" sich zu verständigen, das hieße Unmögliches verlangen, und deshalb hat uns das der Parteitag gar nicht erst zugemutet. Die Partei ist aber bei dieser Verständigung nicht schlecht gefahren, sondern gut, denn wenn es nach dem „Vorwärts" gegangen wäre, dann hätte erst mal das Ding mit dem Massenstreik probiert werden müssen, und der Parteiwagen wäre elendiglich im Schlamme stecken geblieben. Ein Sturm wäre über die ganze Arbeiterbewegung hinweggetobt, wie wir ihn noch nie erlebt hätten, und mit vernichteten Organisationen wäre sie in die nächsten Wahlkämpfe gezogen, die der Partei sicherlich keine 110 Abgeordneten gebracht hätte. Daß alles so ganz anders gekommen ist und die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftliche, sich zu solchem Einfluß durchgerungen hat, das hat sie nicht dem „Vorwärts", sondern dem Vorstand zu danken, dem Verständnis der leitenden Instanzen, die glücklicherweise noch das Vertrauen der Mitglieder besitzen. Eine Dependence der Generalkommission? Wohin die Reisephantasie nicht führt! Aber die Gewerkschaften denken gar nicht daran, eine parteipolitische Dependence zu errichten, solange sie ihr Gut sicher auf dem alten ehrlichen Parteiwagen verstaut und befördert wissen und sie die Ueberzeugung haben, daß es zweckmäßig aufgehoben ist. Weshalb sollen sie sich in die Sorgen, die von der Partei zu tragen sind, stürzen. Haben sie nicht ohnehin schon genug mit ihren eigenen Aufgaben zu tun? Warten ihrer nicht große und neue Kämpfe nach dem Kriege? Große organisatorische Aufgaben im kommenden Frieden? Was ihnen am Herzen liegt, ist lediglich die Fürsorge für die Sicherheit ihrer praktischen politischen Interessen, deren Wahrnehmung sie der Partei anvertraut haben und die sie zwingt, ein wachsames Auge auf die Parteiaktion zu haben. Mehr wollen sie nicht. Die Grundsätze, das Programm der Partei — darüber mag die Partei selbst bestimmen. Den Geist der Partei — im „Vorwärts" haben wir noch niemals etwas davon bemerkt, — halten sie für etwas Selbstverständliches. Wir haben also, um im Reisebild zu bleiben, gegen die sozialistische Verfassung, gegen den antikapitalistischen, antiprivatwirtschaftlichen, gemeinnützigen Charakter der Reiseunternehmung gar nichts einzuwenden, den halten wir im Gegenteil für einen Vorzug und sogar für notwendig. Desto mehr Interesse haben wir an der Frage, wohin die Reise geht, und an der Art und Weise der Güterbehandlung. Und darin möchten die Gewerkschaften allerdings nicht bloß hier und da ihr Urteil abgeben, sondern sich auch das Recht vorbehalten, die Uebereinstimmung zwischen Parteipolitik und Gewerkschaftsinteressen nachzuprüfen. Das ist die ganze „gewerkschaftliche Dependence".

Dieses Recht bestreitet ihnen der „Vorwärts" in den Fragen der Politik des 4. August. Worum handelt es sich bei der Politik des 4. August für die Gewerkschaften? Am 4. August 1914 ist der Kriegsfall eingetreten, und was das bedeutet, das weiß jede Reisegesellschaft und jedes Transportunternehmen oder sollte es wenigstens wissen. Da fährt man nicht so einfach und ungeniert wie in der alten Weise in den Kriegsgebieten herum und setzt Menschenleben und Gut der größten Gefahr aus, sondern besinnt sich erst einmal auf das, das man im Krieg in erster Linie zu tun hat; das Unternehmen glücklich über den Krieg hinwegzubringen. Das heißt Anpassung an den Kriegszustand. Der „Vorwärts" war anderer Meinung. Nachdem er am Tag vor dem Kriegszustand seinen Lesern versichert hatte: „Ick ändere mir nich!" — benutzte er die ersten vier Kriegswochen zu seiner weltbekannt gewordenen Rundfahrt durch alle Parteistellungen, erprobte sich in Ausflügen über alle Illusionshorizonte und glaubte mit der erlangten Beweglichkeit auch die erforderliche Zuverlässigkeit zur Führung des eigenen Gefährts erreicht zu haben. Aber schon der erste Versuch, mit dem alten, störrischen Gaul während des Krieges zu fahren, ging schief, denn der Gaul brachte den „Vorwärts" in eine Sackgasse. Seitdem fährt er etwas vorsichtiger und wenn er gelegentlich von seinen Rundfahrten zurückkehrt, von denen man so vieles erzählen könnte, über die er aber nicht gern selber spricht oder liest, — dann deutet er seinen Lesern an, was man könnte, aber leider nicht kann. Am Können fehlts also, besonders während des Krieges. Desto mehr redet der „Vorwärts" aber denen ins Handwerk, die berufen sind, den Parteiwagen zu führen. Daß ihnen das gleiche Mißgeschick, wie es ihm passierte, erspart blieb, ist für ihn ausgemachter Parteiverrat, und daß die Gewerkschaften dabei ein wachsames Auge auf ihre kostbare Ladung haben, ist vorbereitender Hochverrat. Kein Dritter außer dem Parteivorstand hat etwas dreinzureden.

Und wohin soll denn die Reise nach dem „Vorwärts" eigentlich gehen? Ja, das Ziel, das gehört eben zu den Dingen, die man könnte, aber doch nicht kann! Die Massen werden Euch die Antwort geben! Die Massen haben zu bestimmen! donnert der „Vorwärts" Ihr könnt höchstens in organisatorischen Fragen, wo es sich um paritätisches Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften handelt, ein Wörtchen mitreden. Organisatorische Fragen, das sind natürlich solche der Kleinarbeit; wie man dem Wagen am besten die Achsen schmiert und den Pferden die Hufe putzt, ihnen den Gewerkschaftshafer vorsetzt und sie mit Gewerkschaftstarifen verschont. Die Peitsche in der Hand, die hat der „Vorwärts" der berufene Interpret der Massen! Und dann soll die Welt ein Schauspiel besehen!

Es hat zu allen Zeiten schrullenhafte Leute gegeben, warum soll das während des Krieges gerade anders sein. Man kann sich auch leicht denken, daß eine gewisse Sorte von Verschrobenen ausgerechnet die Kriegszone gegen den Willen der verantwortlichen Kriegsleitung zu unverantwortlichen Spazierfahrten benutzen möchte. Gerade wie es Leute gibt, die es als Elementarbegriff des Völkerrechts verteidigen, auf einem kriegsaktiven Schiff als Neutrale unbehelligt über den Ozean zu fahren. Oder inmitten des Gorlice-Durchbruchs seine Sommerfrische in den Karpathen zu verleben. Solche Leute, wenn man sie nicht hindern kann, mögen ihre Haut dabei schließlich zu Markte tragen, — daran verliert die Welt nicht viel. Aber man wird ihnen keinerlei Verantwortung für Personen und Gut anvertrauen und kann höchstens hoffen, daß die Kriegsverwaltung sie nicht weit kommen läßt, zu ihrem eigenen Heil. Daß die Gewerkschaften mit ihren großen Lebensinteressen vor solchem müßigen und gefährlichen Herumkutschieren im Kriegsgebiete bewahrt bleiben, das verbürgt ihnen die Politik des 4. August 1914. Deshalb halten sie an derselben unter allen Umständen fest. Auch gegen das Zetermordio des „Vorwärts", auf das es übrigens gar nicht ankommt. Sie wissen, daß die Partei an der Politik des 4. August das gleiche Interesse hat und erwarten, daß auch sie an derselben festhält.

Kriegserinnerungen von Georg Heydemarck.*)

Mein Schwarzer.

Mein Schwarzer, der hat mich mit windschnellem Jagen
heut wieder durch's Eiserne Wetter getragen.
Da sausten Schrapnells und Granaten zersprangen,
Fünf Rothosen wollten den Heidemarck fangen
und 's Pferdchen.

Da gab ich dem Schwarzen mit Macht gleich die Sporen —
hei! flog da den Fünfen der Dreck um die Ohren!
Und wie sie zum Schuß endlich fertig sich machen,
da hör'n sie noch grade mein lustiges Lachen —
was, Pferdchen!

Brav, Schwarzerl, mußt immer in Schlachtengefahren
mit hurtigem Huf mich vorm Tode bewahren.
Nicht wahr, und ich brauch dir's ja nicht erst zu sagen,
für wen du den Reiter zum Siege sollst tragen,
ja, Pferdchen!?

Du weißt es ja noch, wie sie lieb dich gestreichelt,
und wie sie dir leise ins Ohr hat geschmeichelt:
„Bring ja ihn zurück mir, zu unserem Glücke,
dann schenk ich dir Zucker, gleich fünfhundert Stücke,
lieb Pferdchen!"

Bergauf bin ich neben ihm her dann gelaufen.
Der Ritt war so heiß, und er mußte verschnaufen.
Da hab ich ihm lange ins Auge gesehen . . .
wir beide, wir können uns trefflich verstehen —
gelt, Pferdchen!?

*) Unter dieser Rubrik bringen wir wieder eine Reihe von Erinnerungen und Erlebnissen aus diesem Kriege, die uns von geschätzter Seite freundlichst zur Verfügung gestellt sind. D. R.

Liebesgabendank.

Bei Nacht und Tag, dieselbe Plag
es regnet schon seit Wochen.
Der Sonnenschein muß böse sein —
er hat sich ganz verkrochen.

's war traurig hier. Da schriebt Ihr mir,
wie Kichern klangs, wie Lachen.
Sechs Mädels — hei! (Und alle frei!)
Was die für Leben machen.

Da waren gleich vom Himmelreich
die Wolken weggezogen.
Und husch! husch! husch! Durch Baum und Busch
kam Sonnenschein geflogen.

Mein Kommandeur.

Es war am Tage, als die ersten Eisernen Kreuze für unsere Brigade kamen. Darunter war eins für den Kommandeur und auch eins für mich. Eins — für — mich!

Ich hatte gerade zur Division reiten müssen, weil die Sprechdrähte wieder zerschossen waren. Und wie ich zurückkam, da überreichte es mir der Oberst mit Worten, die zu schön waren für meine Taten.

Und erst nachdem er es mir angelegt hatte — da erst zog er sein Kreuz aus der Tasche und sagte: „So — jetzt darf ich meins auch tragen!"

Ich bin in meinen Unterstand gegangen und habe geweint.

Es gibt Geschehnisse, die zwei Menschen fester zusammenkitten als Blut es kann.

* * *

Zwei Wochen darnach verlieh ihm der kommandierende Herr General im Namen Seiner Majestät des Kaisers das Eiserne Kreuz Erster.

Ich brachte es ihm von meinem Verbindungsritt zur Division mit und durfte es ihm in die Hand legen.

Er war erschüttert.

„Das — das habe ich noch nicht verdient," stieß er hervor.

Und tags darauf hatte ers.

Er war tapfer, mein Oberst.

Vormittag und Nachmittag vorn im Graben.

Einen Tag vor seinem Tode standen wir beide am Waldrand und beobachteten mit dem Glase die feindliche Stellung.

„Penk, penk!"

Ein Scharfschütze versuchte uns abzuschießen.

„Herr Oberst, die drüben haben uns gesehen — wir wollen weiter!"

Er schüttelte lächelnd den Kopf.

„Nein!"

Gut, ich schwieg.

„Tsjüuh — tack!"

Ein paar kleine Aeste fielen neben uns von der Kiefer herunter.

Er nahm das Glas nicht vom Auge. Ich hütete mich, ihm noch etwas zu sagen. Es hätte wie Feigheit ausgesehen.

„Tsjüuh! Fsst!"

Einen Schritt links von uns spritzten die Kiefernnadeln auseinander — im schwarzen Waldboden ein kleines Loch.

Er sah mich an.

„Nanu? was war das?"

Ich wies nach drüben.

„Der Knallmax hat uns auf dem Korn, Herr Oberst!"

„So! — Na, dann wollen wir lieber weiter!"

Und langsam stand er auf und ging tiefer in den Wald zurück.

Er hatte kaltes Blut, unser Kommandeur.

Tags darauf sollte vor unserer Stellung ein Wald abgebrannt werden, der das Schußfeld zu sehr behinderte. Mein Oberst wollte dabei sein. Der dicke Qualm verriet dem Feinde unser Vorhaben — drei Lagen Granaten legte er in den Waldrand.

Ein Eisenfetzen zerschmetterte meinem Kommandeur den Schädel.

Er war sofort tot.

Wir alle haben seinen Heldentod betrauert.

Er war ein tapferer Soldat und guter Mensch.

Der Gedanke indes, daß „die Partei“ allein in solchen heiklen Zeiten, wo jeder Schritt schon mit Gefahren bedroht ist, über die gesamte, auch die Gewerkschaftsinteressen berührende Aktion entscheiden könne, ohne daß den Gewerkschaften eine Meinungsäußerung oder ein Recht der Nachprüfung vom Standpunkte ihrer Interessen zustände, dieser Gedanke ist so absurd, daß er wirklich nur im Schädelraum eines so verantwortungslosen Organs wie der „Vorwärts“ aufquellen konnte. Gar nicht zu reden davon, daß die Partei und der „Vorwärts“ zweierlei sind und daß namens der ersteren andere Organe zu reden haben, als der „Vorwärts“. Mit der Partei aber haben wir uns bisher immer noch verständigen können, trotz des „Vorwärts“ und seiner Anhänger, denen diese Verständigung stets zuwider war.

Schließlich spielt der „Vorwärts“ seinen stärksten Trumpf aus, falls wir nicht davon abstehen, einen Einfluß auf die Partei auszuüben. Er droht mit einem Proteststurm innerhalb der Gewerkschaften selbst u. kündigt an, daß der von uns heraufbeschworene Kompetenzstreit auch im Rahmen der Gewerkschaften ausgefochten werden würde. Die Generalkommission solte nicht vergessen, daß sie nur die Beauftragte der Massen sei. Kein Zweifel, das könnte dem „Vorwärts“ so gefallen, auch in die Gewerkschaften die Desorganisation hineinzutragen. Aber dieser Versuch wird mißlingen, denn so wenig der „Vorwärts“ mit der Partei, ebensowenig sind unsere Gewerkschaftsmitglieder, mögen sie die Heimat im Schützengraben oder in heimischer treuer Pflichterfüllung verteidigen, mit den „Massen“ des „Vorwärts“ identisch, denn dieses Massenphantom hat nichts mit der Wirklichkeit und am wenigsten mit der Organisation und bewußtem Zusammenwirken aller Kräfte im Gemeinwohl zu tun. Daß überdies der „Vorwärts“ sich so oft auf die Massen beruft, nachdem er es glücklich so weit gebracht hat, die Masse seiner Leser zur bürgerl. Presse hinüberzugraulen, beweist daß es sich für ihn nur um ein Massengespenst handeln kann, mit dem er Kinder schrecken möchte. Es ist ein autoritärer Sumpf, aus dem der „Vorwärts“ seine „geistigen Rüstzeuge“ hervorholt, um jede gesunde Organisation zu zertrümmern. Vor dem Urteil unserer Mitglieder fürchten wir uns nicht, das werden die berufenen Vertreter der Gewerkschaften auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß fällen. Im übrigen, darf der „Vorwärts“ überzeugt sein, daß es sich dabei nicht um Parteistreitigkeiten, sonzeugt sein, daß es sich dabei nicht um Parteistreitigkeiten, sondern lediglich um die Gewerkschaftsinteressen handeln wird, ob die Gewerkschaften bei Wahrnehmung ihrer eigenen politischen Interessen mitreden dürfen. Dafür, daß der Parteistreit den Gewerkschaften fern bleibt, dafür werden die letzteren schon Sorge tragen. Sie Sorge des „Vorwärts“ sollte sich darauf beschränken, daß er mit seinen Reisephantasien auf dem Boden der sehr verantwortungsvollen Wirklichkeit bleibt und daß er nicht durch seine desorganisatorischen Tendenzen der Arbeiterschaft Deutschlands die Aktionskraft nimmt.

Krieg, Bevölkerungspolitik und Arbeiterschaft.

(Nachdruck nur mit Erlaubnis des Verfassers gestattet.)

Schon vor dem Kriege war die Literatur über die Frage des Geburtenrückganges stark angewachsen. Man stand vor der statistisch festgelegten Tatsache, daß sich in der Bevölkerungsbewegung Deutschlands seit Jahren eine erhebliche Verminderung der Geburten bemerkbar machte. Die bevölkerungspolitische Schlußfolgerung von der Erscheinung des Geburtenrückgangs zur Befürchtung der Bevölkerungsverminderung liegt sehr nahe und tatsächlich ist ja auch oft genug auf das französische Beispiel des Bevölkerungsrückgangs hingewiesen worden. Bot Frankreich in diesem Sinne ein warnendes Beispiel, insofern, als ein in der Bevölkerungszahl ständig zurückgehendes Volk ja schließlich seinem Untergang entgegen geht, so richteten sich die besorgten Blicke der Bevölkerungspolitiker anderseits wieder auf das russische Riesenreich, das bei einem Bevölkerungsbestand von annähernd 170 Millionen einen jährlichen Zuwachs von 3 Millionen aufweist. Auch wieder ein warnendes Beispiel für Deutschland.

Es muß hier nun allerdings geltend gemacht werden, daß die russische Bevölkerungsstatistik lückenhaft und nicht in dem Grade zuverlässig ist, wie die Statistiken westeuropäischer Länder. Rußland hatte bisher nur eine einzige Volkszählung im Jahre 1897, die 128,3 Millionen Menschen ergab, die zweite Volkszählung sollte 1915 stattfinden. Inzwischen wurde durch das statistische Zentralkomitee in Petersburg die Bevölkerungszahl auf dem Wege der theoretischen Fortschreibung am 1. Januar 1913 auf 174,10 Millionen festgesetzt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zählung, soweit die asiatischen Gebiete Rußlands in Betracht kommen, unter allen Umständen als lückenhaft und unzuverlässig betrachtet werden muß. Ueber die Tatsache des gewaltigen russischen Bevölkerungszuwachses kann aber kein Zweifel bestehen und wenn die Entwicklung in Deutschland und in Rußland in den bisherigen Bahnen weiter geht, so muß sich das Verhältnis immer mehr zu unseren Ungunsten verschieben. In Deutschland sinken Geburtenzahl und Geburtenüberschuß, während sie in Rußland in schnellem Steigen begriffen sind. Der weitaus größeren Geburtenzahl steht in Rußland zwar auch eine erheblich höhere Sterblichkeit gegenüber, als es in Deutschland der Fall ist, immerhin aber ist der Geburtenüberschuß in Rußland um mehr als das Dreifache höher, als in Deutschland. Rußland hat jetzt schon die 2½fache Bevölkerungszahl Deutschlands und nimmt jährlich um rund 3 Millionen Menschen zu, während der jährliche Bevölkerungszuwachs Deutschlands durchschnittlich 850 000 beträgt. In dieser Gegenüberstellung liegt der Hinweis auf die slawische Gefahr, die kein leerer Wahn ist. Als russischen Grenznachbar würde uns diese Gefahr zuerst erfassen, aber in weiterem Sinne besteht für ganz Europa die Aussicht auf eine zukünftige Russifizierung.

Nun haben die Lehren des jetzigen Krieges zwar ergeben, daß die Ueberzahl eines Gegners noch nicht den Sieg und die politische Herrschaft bedeutet, aber wenn wir jetzt in unserer Minderheit noch stark genug waren, den russischen Koloß zu schlagen und zurückzudrängen, so haben wir im Hinblick auf die weitaus höhere russische Bevölkerungsvermehrung keineswegs für alle Zukunft die Gewähr, daß wir immer die Sieger sein werden. Entwickelt sich die beiderseitige Bevölkerungsbewegung in den bisher beobachteten Bahnen weiter, so muß das Verhältnis einmal so ungünstig für uns werden, so muß die Russenmacht sich als absolut übermächtig gestalten, daß ein Widerstand dagegen nicht mehr möglich ist. Rußland bedeutet für uns eine ständige Bedrohung. Für Rußland handelt es sich nicht nur um den Landbesitz im politischen Sinne, Rußland ist nicht nur ländergierig, sondern russische Besitzergreifung bedeutet Russifizierung an Leib und Seele.

Die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich hiergegen zu wehren. Gewiß, auch bei uns bleibt in politischen und sozialen Dingen viel zu wünschen übrig und nach dem Kriege wird der innere Kampf wieder in alter Heftigkeit aufleben, aber die Weltgeschichte bewahre uns doch vor der Verslawung, vor russischer Unkultur und vor der seelischen Dumpfheit der russischen Masse.

Unter diesem Gesichtspunkte ist die in Deutschland beobachtete Tatsache des Geburtenrückgangs politisch zu erfassen. Die Frage des Geburtenrückganges ist eine Zukunftsfrage, das heißt, wir werden uns der Tragweite einer fortschreitenden Bevölkerungsverminderung, die ja eine Folge des Geburtenrückganges ist, in der Gegenwart nicht voll bewußt. Die bedrohlichen Folgen für unser Volkstum und unseren Volksbestand treten erst in einer späteren Zukunft ein. Nun ist ja mit Leuten, die auf dem Standpunkt stehen, daß nach uns die Sündflut kommen kann, über zukünftige Dinge nicht gut zu reden. Aber wie sähe es denn in der Welt aus, wenn alle Menschen so denken wollten? Es gäbe keinen Fortschritt und keine Aussicht auf Besserung, wenn es keine vorwärts treibenden Kulturkräfte und keine voraus denkenden Gedanken gäbe.

Gewiß, die Frage, ob denn hundert Millionen Menschen glücklicher sind, als 50 Millionen, ist nicht leicht zu beantworten. Aber wir müssen uns doch gestehen, daß der Gedanke an den ewigen Frieden eine weltfremde Träumerei ist. Und daß ein Volk von 50 Millionen sich dauernd gegen ein Volk von 100 Millionen behaupten kann, ist umso unwahrscheinlicher, wenn in der weiteren Bevölkerungsbewegung ein Verhältnis obwaltet, wie es zwischen Deutschland und Rußland besteht. Mit dem Volksganzen aber steht und fällt auch der Arbeiter.

Gab der deutsche Geburtenrückgang in dieser Beziehung schon vor dem Kriege Anlaß zu starken Besorgnissen, so wird die Bedeutung dieser Erscheinung jetzt im Hinblick auf die furchtbaren Menschenverluste des Krieges umso ernster. Wir haben jetzt noch keine genauen Zahlenangaben über diese Verluste, aber wir wissen, daß dieser Krieg alle Maßstäbe der Vergangenheit weit überragt. In der Zeitschrift „Das neue Deutschland“, Nr. 17/22 sagt der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Julius Wolf hierüber folgendes:

„Nicht eine Schlacht, eine Schlachten ist's zu nennen.“ Der Krieg dürfte, wie die Dinge heute liegen, eine Einbuße von vier Millionen oder mehr an Gefallenen, sonst der Zeugung Entzogenen und vor allem Nichtgeborenen bringen. Es kann keine Rede davon sein, daß wie nach früheren Kriegen eine Mehrzeugung im Maße der Einbußen einsetzen wird, dieser Krieg wirft auch bevölkerungspolitisch alle früheren Maßstäbe über den Haufen. Er wird ja wie keiner seit der napoleonischen Epoche die wirtschaftlichen Verhältnisse revolutionieren, die Lebensführung schwieriger gestalten und in der Ehe die Argumente gegen Kinder um ein neues, wuchtiges vermehren, das in der blutgetränkten Erde wurzelt!“

Ohne Zweifel wird unsere Volkskraft durch diesen Krieg und durch seine Folgewirkungen auf Jahrzehnte hinaus empfindlich geschwächt und nach diesem Menschenopfer ist damit zu rechnen, daß der Fortpflanzungswille noch stärker im Sinne eines Geburtenrückgangs beeinflußt wird, als es schon vor dem Kriege der Fall war. Es ist zu erwarten, daß sich die Abneigung gegen die Kindererzeugung noch stärker geltend machen wird, als vorher. In derselben Nummer der hier angeführten Zeitschrift spricht sich Dr. Oskar Wingen (Kiel) mit aller Offenheit über diese Befürchtung wie folgt aus:

„— — Dabei müssen wir darauf gefaßt sein, daß das große Entsetzen über diesen unheilvollen Krieg uns noch erwartet, wenn die furchtbare Spannung, in der wir leben und die uns heute trägt und aufrecht erhält, vorüber ist und ruhiger Selbstbesinnung Platz macht. Dann erst werden wir die Tatsache voll übersehen, daß lange, lange Monate Millionenvölker auf Tod und Leben mit einander gerungen. Ist es da so verwunderlich, wenn in manchem Mutter- und Frauenherzen das Gefühl sich regt, der Stunde fluchen zu müssen, wo sie ihr Kind gebar zu Tod und Verstümmelung? Der individuelle Schmerz ist so stark, so überwältigend, daß er nur den Verlust empfinden läßt und daß ihm Worte wie „Vaterland“ und „nationale Existenz“ leerer Schall sind. Gebt mir mein Kind wieder, das ihr gemordet habt! Ein entsetzlicher Schrei, der sich im Stillen heute von unzähligen Frauenlippen ringt. Und nun kommt ihr gar und fordert neues Leben von uns? Wozu? Um es dermaleinst wieder den Kanonen vorzuwerfen, um es uns als jammervolles Wrack wieder heimzuschicken? Nun und nimmermehr! Lieber bleibt unser Schoß unfruchtbar, lieber verzichten wir auf die Erfüllung unserer höchsten und heiligsten Bestimmung, Mutter zu werden.“

Und das schlimmste Eingeständnis, das man solchen Betrachtungen hinzufügen muß, ist, daß auch die Zukunft keine Aussicht auf Besserung bietet. Der ewige Friede ist nicht von dieser Welt, das wissen wir aus der Weltgeschichte. Für eine zukünftige Verminderung der Kriegsgefahr besteht keine Wahrscheinlichkeit, es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß der gegenwärtige Krieg schon jetzt die Keime für neue Zukunftskriege in sich trägt.

In diesem Zusammenhange gesehen, erhebt sich die Frage des Geburtenrückgangs vor dem deutschen Volk zur bedrohlichen Bedeutung einer Schicksalsfrage. Rückgang ist Untergang im Leben der Völker.

Betrachten wir uns nach diesem allgemeinen Ausblick die Frage des Geburtenrückgangs aus näherer Gesichtspunkten.

Zunächst muß hier die Feststellung vorausgeschickt werden, daß es sich nicht um eine Zufallserscheinung handelt, sondern daß wir es mit einer gewollten Einschränkung des Nachwuchses zu tun haben. Sie tritt seit der Jahrhundertwende statistisch erkennbar zu Tage und nahm ständig an zahlenmäßiger Bedeutung zu. Die verborgenen Beweggründe, die hier obwalten, sind vielseitig und vieldeutig, lassen sich aber in der Hauptsache damit erklären, daß mit fortschreitender allgemeiner Kulturentwicklung sich auch die breiten Bevölkerungsschichten in immer steigendem Grade der Verantwortung für das folgende Geschlecht bewußt werden. Viel Kinder bedeuten für die Eltern Last und Sorgen. Und bei aller Aufopferung kann eben doch nur der notwendigste Lebensunterhalt bestritten werden. Und man will seine Kinder vor dem proletarischen Massenschicksal bewahren. Mit den komplizierten Daseinsverhältnissen haben sich die Ansprüche an die intellektuelle Leistungsfähigkeit gesteigert, die Lebenshaltung und die Aufziehung der Kinder sind teurer geworden als in früheren Zeiten und man sucht seine Kinder durch eine sorgfältigere Heranbildung für den späteren Kampf um das Dasein auszurüsten. Alles das sind Gründe, die eine Minderung der Kinderzahl erklärlich machen. Auch darüber darf man wohl nicht im Zweifel sein, daß die freiwillige Einschränkung der Kinderzahl in sehr zahlreichen Fällen eben eine stille, aber umso beredtere Opposition gegen den bestehenden Kulturzustand, gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen die immer schwieriger sich gestaltenden Wirtschaftsverhältnisse bedeutet.

Aber so erklärlich das im einzelnen auch ist, so kommen wir doch um die für die Allgemeinheit giltige Wahrheit nicht herum, daß die Zukunft eines Volkes von seiner Bevölkerungszahl abhängt. Und der deutsche Geburtenrückgang bietet in der Gegenüberstellung mit der russischen Bevölkerungsvermehrung einen besorgniserregenden Ausblick auf die deutsche Zukunft. Die Befürchtungen, die hier von den Bevölkerungspolitikern ausgesprochen werden, sind nicht von der Hand zu weisen. Der Panslawismus ist keine eingebildete Größe, sondern eine kompakte politische Gewalt von starkem Lebenswillen und zäher Ausdehnungskraft. Was aber aus Europa unter russischer Vorherrschaft werden würde, das ist eine Frage, an der die deutsche Arbeiterschaft nicht ruhig vorüber gehen darf. Gewiß muß auch Rußland in dem jetzigen Kriege schwer bluten, aber Rußland mit seiner weitaus überlegenen Bevölkerungszahl und Bevölkerungsvermehrung erholt sich von diesem schweren Aderlaß schneller, als Deutschland.

Durch den Menschenverlust des Krieges zu ernstester Bedeutung gelangt, stehen die Fragen der Bevölkerungspolitik gegenwärtig im Vordergrunde der Diskussion. Die Probleme, die sich hier auftun, liegen auf so zahlreichen Gebieten des öffentlichen Lebens und bedürfen im einzelnen einer so gründlichen Behandlung, daß es unmöglich ist, im Rahmen eines zusammenfassenden Aufsatzes eingehender bei einem dieser Einzelgebiete zu verweilen. In der einschlägigen Literatur fehlt es nicht an mannigfachen, im einzelnen auch von gründlichem Studium zeugenden Besserungsvorschlägen, die bei der Vielseitigkeit des Problems die verschiedenartigsten Gebiete behandeln. Mit Recht wird in erster Linie eine wirksamere staatliche Bevölkerungspolitik verlangt, als sie bisher sich betätigte und wenn vielfache Vorschläge darauf ausgehen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung eine durchgreifende und wirklich nennenswerte Entlastung der wirtschaftlichen stark belasteten kinderreichen Familien erreicht werden müsse, so ist dies ein Weg, der zu einem erstrebenswerten Ziel führt. In der Tat hat der Staat, der die Männer zu seiner Verteidigung reklamiert, auf diesem Gebiete bisher außerordentlich wenig getan. Der Staat braucht die Wehrkraft und Erwerbskraft seiner Männer, er braucht die schaffende Sorge der Frau, die den Mittelpunkt der Familie bildet, er beansprucht in Krieg und Frieden die Wehrkraft und Nährkraft seiner Menschen zum eigenen Aufbau, aber die Aufziehung der Kinder zu wehrhaften und erwerbenden Menschen läß er eine Sorge der Familie sein. Sehr richtig sagt hierüber Prof. Dr. Arthur Schloßmann in der hier wiederholt zitierten Zeitschrift:

„Ein Teil der getroffenen Maßnahmen, so z. B. das sogenannte Steuerprinzip der Kinderreichen ist ein symptomatisches Zeichen dafür, daß uns der Kern der ganzen Frage noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. 7,40 Mark Steuern jährlich weniger, wenn man vier Kinder mehr aufzieht, das ist ein wenig verlockendes Angebot, und zu mehr hat sich der Staat bisher noch nicht aufgeschwungen. Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen wird man nicht weit kommen: Wir müssen unsere ganzen Begriffe in dieser Richtung umwerten. Wir müssen es durchsetzen, daß wir in der Aufziehung von Kindern eine Leistung für die Allgemeinheit sehen, der völlig entsprechende Gegenleistungen gegenüberstehen. Damit müssen wir uns in neue Gedankengänge hineinfinden, unsere Gesetzgebungsmaschine auf ein neues Ziel einstellen.“

Neue Ziele, die sich von den alten wesentlich unterscheiden und über die in Zukunft noch ein weiteres zu reden sein wird, sind hier in der Tat notwendig. Der Schwerpunkt der Forderungen, die in der Frage der Bevölkerungspolitik zu erheben sind, liegt auf wirtschaftlichem Gebiet und gerade hierüber ist im Hinblick auf den noch unentschiedenen Krieg in gegenwärtiger Stunde eine Erörterung außerordentlich schwierig. Der Krieg hat unser wirtschaftliches Leben derartig erschüttert, daß alle Grundlagen und Maßstäbe ins Schwanken geraten sind. Niemand weiß gegenwärtig, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden. Und nur unter der Voraussetzung eines wirtschaftlichen Aufschwungs ist daran zu denken, daß die auf Vermehrung der Volkskräfte, auf eine Steigerung der Geburtenzahl gerichteten Bestrebungen durch den Willen des Einzelnen unterstützt werden. Der äußerliche Einfluß auf diese elementar menschlichen, verborgensten und intimsten Gebiete, die im Untergrund der Geburtenfrage beruhen, ist ohnehin ein bedingter. Und wenn die soziale Entwicklung, wenn der gegenwärtige Zustand der Kulturwelt zahllose Menschen zu einem Skeptizismus geführt hat, der sich weigert, ein neues Geschlecht in ein Dasein zu rufen, das nach den Beispielen der Gegenwart nicht lebenswert erscheint, dann wird alle theoretische Logik, die einen Aufschwung der Geburtenziffer fordert, so lange auf einen latenten Widerstand stoßen, bis eine wirkliche Besserung der Zustände erkennbar wird. Die Gegenwart gibt diese Gewähr noch nicht.

E. Sch.

Rundschau.

Bäder- und Anstaltsfürsorge für heeresentlassene Kriegsteilnehmer.

In der Sitzung des Haushaltungsausschusses des Reichstages vom 6. April ds. Js. ist eine Entschließung auf Gewährung eines Reichsausschusses an die Abteilung „Bäder- und Anstaltsfürsorge“ des Zentralkomites der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz einstimmig angenommen worden. Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, handelt es sich bei der Tätigkeit dieser Abteilung um einen Zweig der öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege, der, in der Stille ausgebaut, berufen sein soll, ergänzend in die Lücke einzutreten, die trotz des gewal-

ligen Baues unserer Sozial-Versicherung und der militärischen Kriegsbeschädigtenfürsorge bestand. Die schweren Opfer an Blut und Gesundheit, die von Deutschland gebracht werden, haben schon seit langer Zeit Industrie und Handel, Landwirtschaft und Gewerbe mit Sorge in die Zukunft sehen lassen. Denn nur ein vollwertiges und arbeitsfähiges Geschlecht wird später in der Lage sein, die großen mittelbaren und unmittelbaren Ausfälle an Arbeitskraft so auszugleichen, daß Deutschland auch nach dem Frieden seinen weltwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann. Aus diesem Grunde ist namentlich mit Unterstützung der deutschen Wirtschaftskreise die genannte Abteilung so ausgebaut worden, daß sie Hand in Hand mit unserem so hoch entwickelten Bäderwesen imstande ist, auf dem Gebiete der Heilfürsorge für die große, aber in der öffentlichen Meinung bisher leider wenig beachtete Menge der heeresentlassenen „Kriegskranken" einzutreten. Die Abteilung Bäder und Anstaltsfürsorge ist bereits jetzt der einheitliche Mittelpunkt für die gesamte amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge auf dem Gebiete der Heilbehandlung der heeresentlassenen Kriegsteilnehmer. Ihre Geschäftsräume befinden sich in Berlin W 66, Herrenhaus, Leipziger Straße 3.

„Ausländischer Käse" aus Bayern.

Aus Frankfurt a. O. wird berichtet:

Wie überall, so gibt es auch hier nach Einführung von Höchstpreisen noch „ausländischen" Käse. Um nun den wenig glaubhaften Behauptungen der Händler auf den Grund zu gehen, nach denen die Produktion in Deutschland eingestellt sei, wurde von Kosumentenseite eine Anfrage an die Lieferanten in Kempten (Allgäu) gerichtet. Die Antwort ist ein vernichtendes Urteil für die eigensüchtigen Interessenten: Drei hiesige große Firmen haben regelmäßig vom Allgäu ihre Lieferung erhalten! — Es ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, daß die Behörden auch den Versand der Fabriken von Käse und sonstigen, vom Markte verschwundenen Erzeugnissen scharf überwachen.

▫ ▫ ▫ ▫ Aus den Ortsvereinen. ▫ ▫ ▫ ▫

Warmbrunn. Der Ortsverband der Gewerkvereine im Riesengebirge hielt Sonntag nachmittag im „Goldenen Schwert" hier eine Verbandsversammlung ab, der eine Delegierten-Sitzung vorausging. Die Delegierten berichteten über Tätigkeit und Arbeitsverhältnisse in ihren Gewerkvereinen. Hinsichtlich der zunehmenden Beschäftigung von Frauen in den verschiedensten Berufen wurden manche Unzuträglichkeiten hervorgehoben, wenn auch bei der Kriegszeit diese Erscheinung nicht abzuwenden sei. Es wurde noch angeregt, für den Friedensfall und Beibehaltung der Frauenarbeit an die Gründung von Frauen-Gewerkvereinen heranzutreten. — Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Maschinenschlosser E. Worbs-Warmbrunn, die Verbandsversammlung. Der im Kampfe gefallenen Mitglieder wurde ehrend gedacht. Der Verbandsschriftführer Menzel hielt sodann einen Vortrag über Volksernährung im Kriege und die Bekämpfung des Lebensmittel-Wuchers. Es folgte eine recht eingehende Debatte. Befremdlich erschien bei der reichen Ernte, außer dem jetzt herrschenden Kartoffelmangel, auch der Mangel an Spiritus zu Brennzwecken. Man glaubt, daß noch ansehnliche Mengen vorhanden sind, aber in Erwartung noch höherer Preise zurückgehalten werden. Allerdings seien große Mengen verdorben und mehr als sonst verfüttert worden. Die Einführung der Fleischkarten wurde als unumgänglich notwendig gefordert. Leider sähen gewisse Kreise viel lieber eine weitere Erhöhung der Fleischpreise, die den Minderbemittelten den Einkauf von Fleisch unmöglich machen, als die Einführung der sie beschränkenden Fleischkarte. Diesen Leuten fehle es in ihrem Egoismus noch sehr an Selbstzucht. Bemängelt wurde auch der vielfach übliche Gebrauch des Vorausbestellens und Aufbewahrens von Fleisch, Speck u. a. bei den Fleischern, was man in Läden genug beobachten könne. Dies sei unzulässig, und es müsse dagegen eingeschritten werden. Verbesserungsbedürftig seien auch die gesetzlichen Bestimmungen über Lebensmittelbezug der Selbstverbraucher auf dem Lande; hier gäbe es viel auszugleichen zum Vorteile der Städte; eine Nachprüfung der Bestimmung sei dringend geboten. — Hierauf wurde das Antwortschreiben des Magistrats auf das Gesuch um Vertretung des Ortsverbandes in der städtischen Preisprüfungsstelle verlesen. Darnach ist die Kommission voll besetzt; eine Vermehrung der Mitglieder erscheine unangebracht. Der Magistrat erklärte sich aber nicht abgeneigt, bei etwa eintretender Vakanz in der Preisprüfungs-Kommission die Wünsche des Ortsverbandes zu berücksichtigen. Die Ausgabe der Marken für die Wanderer-Herberge des Ortsverbandes wurde dem Schneidermeister A. Hartych, Alte Herrenstraße, übertragen; die Auszahlung der Beträge erfolgt durch den Schriftführer R. Menzel, Sechsstätte 28.

▫ ▫ ▫ ▫ Aus der Rechtsprechung. ▫ ▫ ▫ ▫

Verträge nicht genehmigter Krankenkassenvereinigungen mit Aerzten sind nichtig.

Urteil des Reichsgerichts vom 23. April 1915.

sk. Durch Vertrag vom 4. November 1913 hatte sich der Arzt Dr. L. gegen Zusicherung eines jährlichen Mindesteinkommens von 10 000 Mark den vereinigten Betriebskrankenkassen Sch. u. Gen. gegenüber verpflichtet, sich für die Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 als Arzt in E. niederzulassen und die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder auszuführen. Für den Fall der Nichtübernahme der Verbindlichkeiten und für den Fall vorzeitigen Rücktritts war im Vertrag eine Vertragsstrafe von 5000 M. für jedes nicht beendete Vertragsjahr vorgesehen. Durch Schreiben vom 29. Dez. 1913 erklärte Dr. L., daß er die Tätigkeit nicht übernehmen werde. Die Kassen verlangten im Klagewege die Vertragsstrafe für die fünf Vertragsjahre. Der Beklagte bezeichnete den Vertrag als nichtig, weil die Klägerinnen ihn den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zuwider gemeinschaftlich abgeschlossen hätten. Das Landgericht Elbing verurteilte klaggemäß, das Oberlandesgericht Marienwerder wies die Berufung zurück. Auf Revision des Beklagten wurde die Klage vom Reichsgericht abgewiesen.

Aus den Gründen: Die Kassen haben sich zur gemeinschaftlichen vertraglichen Bindung gegenüber dem dienstverpflichteten Beklagten zusammengeschlossen und ihm ein einheitliches von allen Kassen anteilig nach Maßgabe der Mitgliederzahl aufzubringendes Mindesteinkommen gewährleistet. Die regelmäßige Form, in der sich Krankenkassen zur Förderung gemeinsamer Zwecke vereinigen können, ist die des Kassenverbandes (§ 406 Reichsversicherungsordnung). Die Kassenverbände besitzen Rechtspersönlichkeit, unterstehen der Aufsicht des Versicherungsamtes, ihre Satzungen bedürfen der Genehmigung (§ 408 R.V.O.). Der Kassenverband kann für die ihm angeschlossenen Kassen gemeinsam die im § 407 bezeichneten Tätigkeiten und Leistungen bewirken, namentlich auch Verträge mit Aerzten abschließen. Neben der Möglichkeit eines Zusammenschlusses zu einem Kassenverbande besteht die einer freieren Vereinigung. Für sie bestimmt der § 414 R.V.O. folgendes: „Für Kassenvereinigungen anderer Art, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen, dürfen Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstande verwendet werden. Mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde dürfen solche Kassenvereinigungen auch einzelne der im § 407 bezeichneten Aufgaben übernehmen." Die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienenden Kassenvereinigungen dürfen hiernach die im § 407 bezeichneten besonderen Aufgaben, also auch den Abschluß von Verträgen mit Aerzten, nur mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde übernehmen. Fehlt die Genehmigung, dann ist die Uebernahme jener Aufgaben durch „solche Vereinigungen" vom Gesetze verboten. Die klagenden Kassen haben sich zu einem Kassenverband im Sinne des § 406 R.V.O. nicht vereinigt. Darüber, daß beide Gruppen in den Vorständen der Kassen der Verwendung von Mitteln der einzelnen Kassen für Bezahlung der vertragsmäßigen Vergütung an den Beklagten zugestimmt haben, herrscht kein Streit. Aber die nach § 414 Satz 2 R.V.O. erforderliche Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde fehlt. Es bedurfte ihrer, weil die klagenden Kassen zum Abschluße des Dienstvertrages und zu seiner Erfüllung eine Kassenvereinigung nach § 414 gebildet haben. Dieser Zusammenschluß und der im Verfolg seines Zweckes geschlossene Dienstvertrag sind daher nichtig. Die Nichtigkeit ergreift auch die Vertragsstrafabrede und beseitigt daher den Klaganspruch. (Aktenzeichen III 485/15; Vergl. Entsch. des RG. i. Zivilf. Bd. 36. S. 371 ff.)

Literarisches.

Heimstätte. Villen, Landhäuser, Doppelhäuser usw. für Stadt und Landgemeinden, Gartenstädte, Villenkolonien, Baugesellschaften und Vereine.

Von Architekten R. Gebhardt und Carl Eberhardt. 70 bürgerliche Hausbeispiele in ca. 200 Ansichten und Grundrissen usw. mit Angabe der Baukosten. 76 Tafeln Abbildungen in Kunstdruck, Mk. 3.—, geb. Mk. 4.50 (Porto 30 Pfg.) für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Jahresbeitrag Mk. 10.—) mit 3 ähnlichen Buchwerken und der illustr. Zeitschrift „Heimkultur" kostenlos. Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Wiesbaden.

Für alle diejenigen Baulustigen, die sich ein Eigenhaus bauen wollen, ist diese Sammlung von 70 Hausbeispielen von größtem Werte. Sie können an Hand derselben eine ganz ihren Bedürfnissen angepaßte Einteilung der Räume sich zurechtlegen und finden viele Anregungen, wie eingebaute Schränke anzuordnen sind, schöne Sitzplätze, Wohndielen usw. Die Baukosten der Häuser überschreiten selten 20 000 Mark und wir finden auch schon Zweifamilienhäuser für 9000 Mark, darunter allerdings auch einige Häuser für 25—35 000 Mark. Dieser billigen und brauchbaren Sammlung ist eine große Verbreitung zu wünschen, damit die Eigenhausbewegung — die Heimkultur — in immer weitere Kreise dringt. Wer von unseren Lesern sich dafür interessiert, lasse sich die Vereinsdrucksachen der „Heimkultur" kostenlos zusenden.

Dieses billige Verlagswerk kann jeder Architekt und Baumeister, Bautechniker oder Unternehmer recht vorteilhaft für die Praxis verwenden, denn es handelt sich hier fast durchweg um 4—8 Zimmerhäuser, die bekanntlich vorwiegend gebaut werden, meist einfach im Aufbau und mit bewährten Grundrißdispositionen, für Gebirgsgegend wie für Flachland geeignet, zweckmäßig und vor allem billig konstruiert.

▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ Patentschau. ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫

Mitgeteilt vom Verbands-Patentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte kostenlos.

Erteilte Patente:

Kl. 34i. 291 739: Ausziehtisch mit geteilter Oberplatte. Franz Ketthaus, Düsseldorf-Grafenberg. Angem. am 30. 6. 15.

Kl. 38k. 291 807: Vorrichtung zum Herstellen von angespitzten Holzpflöcken oder Nägeln, insbesondere solchen zur Verbindung von Bauhölzern. J. Mahrt, Lürschau b. Schleswig. Angemeldet am 26. 6. 14.

Kl. 68e. 291 773: Befestigung durchgehender Scharnierbänder für Schranktüren u. dgl. Ferd. von Hagen Söhne und Koch, Vohwinkel. Angemeldet am 9. 6. 14.

Kl. 34g. 291 713: Verlängerbares Bettgestell mit an den Enden einzufügenden, außer Gebrauch (hochgeklappten) gegen die Stirnwände geklappten Füllböden. H. Ludwig, Kiel. Angemeldet am 25. 4. 15.

Kl. 37d. 291 593: Vorrichtung zum luftdichten Verschließen von Fenster- oder Türspalten mittels einer unter Federdruck stehenden Dichtungsleiste. A. Vagner, Szeksgard, Ungarn. Angemeldet am 17. 3. 14.

Gebrauchsmuster:

Kl. 34i. 644 305: Zusammenklappbarer Tisch. K. Spindler, Künheim. Angemeldet am 29. 2. 16.

Kl. 38a. 644 768: Kurzschneidevorrichtung für Säge-Vollgatter Dipl.-Ing. F. Langenstein, Coburg. Angem. am 11. 3. 16.

Kl. 68b. 644 704: Oberlichtfensterverschluß mit Hebelschere. Emma Ißleib, geb. Koetter, Leipzig. Angem. am 7. 3. 16.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes,

sorgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung. — **Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.**

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine H.-D.

Verlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im Verbandsbureau Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/23.

„Die Eiche"

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jahrgang 1915

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221—23.

Frühere Jahrgänge kosten nur Mk. 1.50 pro Exemplar.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den **Sterbefall.**

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbekasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung beistehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90 Mk.	bei einem	Wochenbeitrag	von	5 Pfg.
„ II	144	„	„	„	8 „
„ III	189	„	„	„	10 „
„ IV	270	„	„	„	15 „
„ V	360	„	„	„	20 „
„ VI	450	„	„	„	25 „

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — Auskunft erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die **Vereinsnadel** kostet das Stück 50 Pfg., **Manschettenknöpfe** das Paar 1 Mk., und werden dieselben — **nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke** — sofort den Vereinen zugestellt.

Tischler- oder Stellmachermeister

gesucht. Offerte unter **E. 7110** an **Invalidendank Berlin.**

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeschenk, beim Kassierer Wilh. Pristap, Holzstraße 2.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkvereine befindet sich Alte Mainzergasse 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkvereinskollegen wird ausbezahlt bei H. Schneider, Zschochernstraße 62.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel, Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Aachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Mk. 1.— Reiseunterstützung auf dem Arbeitersekretariat Aachen, Jülicher Str. 77.

Sprottau-Eulau (Ortsverband) Durchreisende Gewerkvereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer P. Schienert in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebendaselbst.

Geislingen, Württbg., (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeschenk erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfennig bei G. Sapper, Bürstenmacher, Hauptstraße 48.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion i. V. Paul Seltmann, Berlin NO. 55, Greifswalder-Straße 221/23. Druck [illegible]